

Dringliche Anfrage

Hannover, den 15.06.2018

Fraktion der AfD

Der BAMF-Skandal und seine Folgen - befindet sich Deutschland im Zustand der inneren Unsicherheit?

Seit dem Sommer 2015 ist die Bundesrepublik Deutschland mit einem Ansturm an Migrant*innen konfrontiert; infolgedessen ist es zu einer Reihe von Gesetzesverstößen gekommen. Sowohl Juristen, wie beispielweise Ulrich Vosgerau in seinem aktuellen Buch „Die Herrschaft des Unrechts“ (Nordstedt, 2018), diverse Juristen in dem Sammelband „Der Staat in der Flüchtlingskrise“ (Paderborn, 2016), wie auch der amtierende Bundesinnenminister Horst Seehofer (*Passauer Neue Presse*, 9. Februar 2016) beklagen eine „Herrschaft des Unrechts“ und einen fortdauernden Rechtsbruch seitens der Bundesregierung. Danach werden u. a. folgende Rechtsnormen fortdauernd verletzt: Artikel 16 a Abs. 2 GG (Drittstaatenregelung), §§ 15, 57, 58, 95 AufenthG (illegale Einreise, rechtswidriger Aufenthalt im Bundegebiet und Verstoß gegen Ausweispflicht), Artikel 13 EG-Verordnung Nr. 562/2006 (Schengener Grenzkodex), § 18 AsylG. Infolge dieser Rechtsbrüche wurde über zahlreiche Straftaten berichtet. Gerade in letzter Zeit ist es zu Mord- und Vergewaltigungsfällen sowie -versuchen gekommen (Messerattacke Großburgwedel, Ermordung von Susanna in Wiesbaden, Vergewaltigung einer 25-Jährigen in Freiburg etc.). Gleichzeitig entwickeln sich einzelne Asylunterkünfte zu Gewaltzentren (aktuelle gewalttätige Auseinandersetzungen in Göttingen, Cottbus und Potsdam). Begünstigt wird dies noch durch ein Verwaltungshandeln, wie es sich exemplarisch im aktuellen BAMF-Skandal - der längst bis nach Niedersachsen ausstrahlt - in Bremen manifestiert. In einem Interview mit der *Welt* (12. Juni 2018) unterstützt nun die Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Frau Doris Schröder-Köpf, die Forderung der AfD-Bundestagsfraktion, diesbezüglich einen Untersuchungsausschuss einzurichten.

In diesem Zusammenhang ergeben sich die folgenden Fragen an die Landesregierung:

1. Inwieweit unterstützt die Landesregierung die Forderung der Integrationsbeauftragten, Frau Doris Schröder-Köpf, einen umfassenden Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen im BAMF einzusetzen?
2. In welchem Maße wird sich die Landesregierung für eine effektive Zurückweisung von Personen, deren Asylantrag in Deutschland bereits abgelehnt worden ist und die erneut versuchen, einzureisen, und von bereits in der EU registrierten Asylbewerbern sowie Personen ohne gültige Papiere an der deutschen Grenze einsetzen?
3. Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung, um die niedersächsische Bevölkerung vor Gewalttaten zu schützen?

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 18.06.2018)